NR. 14, 6. APRIL 2023, FR. 5.50 WWW.HANDELSZEITUNG.CH

HANDELSZEITUNG

Wirtschaft im Klartext.

Neustart bei Calida
Die Wäscheherstellerin aus Sursee könnte schon bald verkauft werden.
Seite 3

Aussicht auf Gewinn
Die UBS-Aktionäre erben das Eigenkapital der CS. Aber auch ihre Risiken.
Seite 9

Schweiz im Abseits
FDP-Rüstungspolitikerin Maja Riniker fordert eine neue Neutralität.
Seite 13

CHAT GPT UND CO.

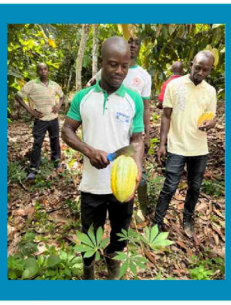
KI-Tools im Test

Sieben Anwendungen, die alle kennen müssen.

SEITE 4

ADOBE STOCK

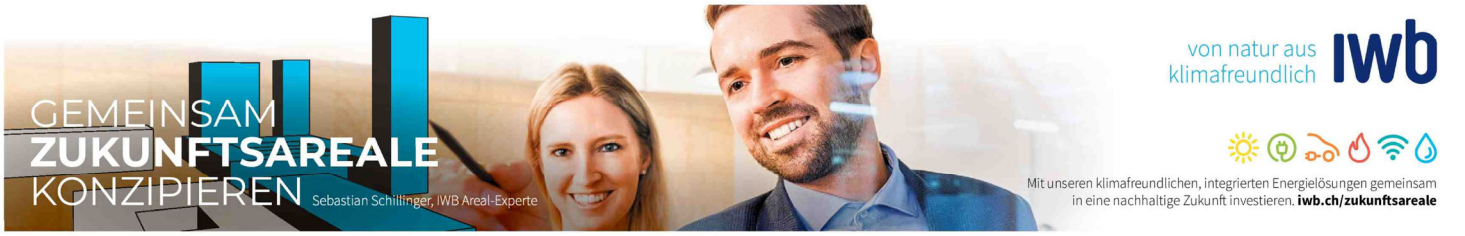
Die Frage zu Ostern: Wie macht Nestlé Schokolade möglichst fair?
Seite 6



Special «Wirtschaftsprüfung»
Treuhänder suchen Quereinsteigerinnen.
Seite 29

Redaktion Flurstrasse 55, 8021 Zürich, Telefon 058 269 22 80 **Abonnemente** Telefon 058 269 25 05 AZA 4800 Zofingen, 162. Jahrgang Post CH AG

ANZEIGE



DAS GESPRÄCH

ANNE GABRIEL-JUERGENS FÜR HANDELSZEITUNG

MAJA RINIKER

«Der Schaden ist angerichtet»

FDP-Rüstungspolitikerin Maja Riniker, sagt, warum die Schweiz viel riskiert, wenn sie Europäern die Wiederausfuhr von Kriegsmaterial verbietet.

INTERVIEW: ANDREAS VALDA
FOTOS: ANNE GABRIEL-JUERGENS

Wer wagt, gewinnt. Sie hatten letzte Woche so einen Moment, oder?
Sie meinen den Kommissionsentscheid zum Verkauf von 25 Leopard-Panzern ins Ausland?

Genau. Sie hatten das im Januar vorgeschlagen. Damals ernteten Sie Kritik. Vor einer Woche dann der Stimmungswechsel: Die zuständige Kommission im Parlament stimmt dem Deal zu.
Natürlich freut mich das. Aber ich verstehe den ganzen Rummel darum herum nicht. Denn bereits letzten Sommer fragte Polen in Bern an, ob man der Schweiz ihre älteren Panzer, die ausser Dienst gestellt werden könnten, abkaufen könne.

Doch Polen erhielt keine echte Antwort.
Ja, erst als im Januar das schriftliche Gesuch aus Deutschland kam, konnte ich mit einem Vorstoss ans Parlament gelangen.

Was ist das Motiv? Soll der Ukraine geholfen werden? Oder will man alte Panzer loswerden?
96 Panzer sind eingemottet. Zum Verkauf stehen jetzt 25 Panzer an Deutschland. Sie werden laut Armee in Zukunft nicht mehr gebraucht werden. Warum sollen wir sie behalten?

Also ab damit in die Ukraine?
Nein, meine tiefste Überzeugung ist: Geben wir doch die Panzer an das Land ab, dem jetzt welche fehlen, weil es der Ukraine eigene Panzer übergab.

Wer weiss schon, ob die Schweiz diese Panzer nie mehr brauchen wird? Russland greift gerade auf Panzer von 1955 zurück.
Wenn wir über die Verteidigungsfähigkeit sprechen, dann brauchen wir vordringlich ganz andere Dinge: Stärkung der Luftabwehr (einschliesslich der Kampfflugzeuge), Stärkung der Cyberabwehr sowie der Bodentruppen. Von neuen Panzern war nie die Rede.

Kriegen wir Geld für die Panzer?
Ich finde, wir sollten aus dieser elenden Situation der Ukraine keinen Gewinn ziehen. Ich bestimme den Preis aber nicht.

Haben Sie diese Panzer gesehen?
Nein. (Lacht) Ich habe nur Bilder davon gesehen.

Sie sind also noch nie Panzer gefahren.
(Lacht) Doch, am Hinterrhein.

Tatsächlich, wie war das?
Das ist mittlerweile öffentlich: Mein Vater war Kommandant eines Panzerbataillons. Als Kind durfte ich einmal mitfahren.

Sie waren ein Mädchen?
Ich etwa zwölf Jahre alt. Sind Sie je Panzer gefahren?

Nein. Ich war beim Militär Lastwagenfahrer.
Panzer waren das Einsatzmittel meines Vaters. Sie fragten, wie es war: Im Panzer ist es lärmig und es schüttelt mächtig.

Es hatte also seine Faszination.
Absolut.

Brachte Sie die Familie zur Sicherheitspolitik?
Eine gewisse Prägung hat diese Zeit wohl hinterlassen. Aber viel wichtiger ist mir, dass die Schweiz sich bewaffnet zu schützen weiss.

War der freiwillige Militärdienst ein Thema?
Ich hatte es mir überlegt. Aber ein schwerer Unfall mit 17 verhinderte das.

Was konnte Sie davon abhalten?
Bei der Pfadi stürzte ich nachts von einem Felsen hinunter. Mein Vater sagte damals nur: «UT».

UT bedeutet: untauglich fürs Militär. Sonst hätten Sie bei der Armee Karriere gemacht?
Wer weiss, was mich antreibt, mich für die Bevölkerung und das Land einzusetzen.

Was hat Sie die Pfadi gelehrt?
Abenteuer erleben, Rücksicht nehmen, Vertrauen schaffen und Verantwortung übernehmen. Und was ich besonders mag, ist die Vielfalt der Menschen, die ich dort traf: vom künftigen Programmierer bis zum Lehrer. Heute bin ich in der Pfadistiftung Schweiz. Ich mag Menschen.

Seit 2019 schwimmen Sie im Haifischbecken von Bundesbern. Mögen Sie Menschen noch immer?
(Lacht) In Bern hat es auch gute Menschen.

In Minder- oder Mehrzahl?
In Mehrzahl. Aber ich bin misstrauischer geworden.

Fortsetzung auf Seite 15

Fortsetzung von Seite 13

Als Vizepräsidentin sitzen Sie vorne im Rat, entfernt von Parteikollegen. Sind Sie da isoliert?
Nein. Die Absprachen zum Abstimmungsverhalten erfolgen im Voraus in der Fraktion.

Ich war Zeuge, als Sie im Abseits standen. Es ging um die Abstimmung zur Wiederausfuhr von Rüstungsgütern an die Ukraine. Die FDP-Leute stimmten dagegen, Sie fast alleine dafür.
Abgesprochen war, dass wir teilweise dafür stimmen. Dann kam es zur spontanen Kehrtwende. Das gibt es manchmal.

Immerhin in der Frage der Wiederausfuhr von Rüstungsgütern haben Sie den Parteipräsidenten Thierry Burkart auf Ihrer Seite.
Nicht nur ihn. Aus allen Parteien sitzen Leute am Tisch, die bereit sind, an einer Lösung zu arbeiten, damit die Schweiz künftig die Wiederausfuhr von Rüstung an befreundete Staaten erlauben kann.

Sie engagieren sich für die schweizerische Rüstungsindustrie. Warum?
Es geht um 14 000 Arbeitsplätze in der Schweiz.

Und dennoch will etwa die Hälfte aller Bürgerlichen im Parlament keine solche Bewilligungen.
Ich verstehe diese Haltung der Bürgerlichen nicht. Wohin die Reise geht, zeigen gerade die Aussagen des deutschen Botschafters in der SRF-«Samstagsrundschau». Er sagte sinngemäss, Deutschland müsse sich mit den europäischen Staaten Überlegungen machen, wo man künftig seine Waffensysteme einkaufe,

> «Ich bin kein EU-Turbo, aber abseits stehen schadet unserem Land.»

selbstverständlich ohne den Schweizer Markt zu berücksichtigen. So wird die Schweiz abgehängt. Der Schaden ist angerichtet, seit dieses Verbot zur Wiederausfuhr im Gesetz besteht. Das wurde erst vor wenigen Jahren dem Gesetz hinzugefügt. Ich stemmte mich 2019, zusammen mit Bundesrat Guy Parmelin, voll dagegen. Ohne Erfolg. Erst, seit es dieses Verbot gibt, kann sich der Gesamtbundesrat hinter diesem Paragrafen verstecken.

Die bürgerlichen Gegner sagen: Es geht um die Neutralität. Was antworten Sie ihnen?
Solange wir nur befreundeten Staaten eine Wiederausfuhr von Kriegsgütern bewilligen, sehe ich die Neutralität überhaupt nicht verletzt. Was den Krieg in Europa angeht: Wenn ganz Europa der Ukraine hilft, den Aggressor Russland zu vertreiben und die Souveränität wiederzuerlangen, dann können wir uns nicht einfach als «neutral» erklären.

Bundespräsident Alain Berset sah die Befürworter von Wiederexporten im «Kriegsrausch». Waren Sie mitgemeint?
Das kann sein. Ich fand diese Aussage sehr problematisch.

Umgekehrt rügte US-Botschafter Scott Miller in einem gepfefferten Interview in der NZZ, die Schweiz befinde sich mit ihrem Abseitsstehen «in der schwersten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg».
Was er meiner Meinung nach zu Recht sagte, ist, dass die USA sich sehr solidarisch mit Europa verhalten, um die Freiheit Europas zu verteidigen. Er sagte, dass es ein europäisches «Mitenand» brauche, um die Ukraine zu verteidigen. Und die Schweiz sollte ihren Beitrag dazu leisten.

Die meisten Beobachter lasen das Interview aber anders, nämlich als einen Marschbefehl der USA an die Schweiz, sich kooperativ bei der Beschlagnahmung von Oligarchengeldern und bei Waffenexporten zu verhalten.
Ich verstehe Millers Forderungen.

Sie dürften Freude an Verteidigungsministerin Viola Amherd haben. Sie will die Schweiz näher an die Nato rücken. Das verlangte auch Miller. Er sagte, die Schweiz sei wie ein Loch im Donut.
Ich bin begeistert von ihr. Sie ist nüchtern, ihre Antworten sind kurz und klar. Sie will den F-35-Kampfflieger, sie will den Zivilschutz stärken. Sie will gemeinsame Übungen der Schweiz mit den Nato-Truppen. Sie ist gut für unser Land.

Sie präsidieren die Lobbygruppe «Arbeitskreis für Sicherheit und Wehrtechnik». Was macht sie?
Da sind Politiker und Firmen dabei. Wir treffen uns viermal im Jahr. Wir besprechen aktuelle Probleme und wie wir uns politisch ausrichten.

Auffallend ist, wie sehr sich die Rüstungsindustrie öffentlich versteckt. Kein Chef steht hin und sagt, was auf dem Spiel steht. Wie finden Sie das?
Diese Haltung ärgert mich sehr. Ich habe den Firmenverantwortlichen bereits gesagt, dass ihre Absenz nicht tolerabel sei. Ich sagte: «Ihr müsst hinstehen und sagen, welche Güter ihr nicht mehr exportieren könnt, weil die Schweiz diese Gesetzgebung hat.» Kürzlich hat Rheinmetall entschieden, eine Produktionsstätte in Italien zu eröffnen, statt in der Schweiz. Das tut mir weh, denn es geht um Technologietransfer und Innovationsvorsprung, der für die Schweiz verloren geht.

FOTOS: ANNE GABRIEL-JÉRÔME FÜR HANDELSZEITUNG

Sie will nicht, dass die Schweiz militärisch das Loch im Donut ist: Die Aargauer Maja Riniker, Sicherheitspolitikerin und Vizepräsidentin des Nationalrates.

Sicherheitspolitikerin

Name: Maja Riniker
Funktion: 2. Vizepräsidentin des Nationalrats
Alter: 44
Familie: verheiratet, drei Kinder
Ausbildung: KV-Banklehre, Betriebsökonomin FH
Politische Karriere:
2014 bis 2019: Mitglied des kantonalen Parlaments im Aargau
Seit 2019: FDP-Nationalrätin für den Aargau
Seit 2022: Mitglied F. G. Pfister Stiftung (ex Möbel Pfister)
Seit 2021: Vorstand Hauseigentümerverband Schweiz

Berufliche Karriere:
1994 bis 1998: Schweizerischer Bankverein
1999 bis 2004: Betriebsökonomin FH Zürich
2000 bis 2006: Mummert Consulting
2006 bis 2009: UBS Schweiz
2009 bis 2015: Psychiatrische Dienste Aargau
2013 bis 2020: Gastroenterologie Aarau, Aufbau
2006 bis 2018: «Diabetesaargau», Geschäftsführerin

Politik und Familie Maja Riniker hat mit dem Vizepräsidium des Nationalrats heute fast eine Vollzeitfunktion neben ihrer Rolle als Mutter dreier minderjähriger Kinder. Ihrem Mann, einem Arzt, half sie acht Jahre lang, eine Praxis aufzubauen. Aus ihrer Zeit als Beraterin und bei der UBS kennt sie sich mit IT aus.

Und die Mowag in Kreuzlingen? Die Firma produziert gepanzerte Fahrzeuge für Nato-Länder, darunter Dänemark.
Die Zahlen von Mowag kenne ich nicht. Was ich weiss, ist, dass die hiesige Rüstungsindustrie derzeit noch keine Schwierigkeiten hat, die bestehenden Aufträge auszuführen. Doch sollte sich Europa neu ausrichten, werden dies hiesige Rüstungsbetriebe in zwei, drei Jahren zu spüren bekommen. Sie werden sich auch neu ausrichten müssen.

Die Schweiz steht nicht nur wegen der Rüstung, sondern auch der Grossbanken wegen in den Schlagzeilen. Sie absolvierten eine Banklehre. Wie erleben Sie das?
Ich war beim Bankverein und erlebte die damalige Fusion zur UBS. Kurz danach verliess ich die Bank und kehrte 2006 zur UBS zurück. 2008 erlebte ich hautnah die UBS-Rettung durch den Staat. Jetzt habe ich ein Déjà-vu.

Sie meinen die Notübernahme der CS.
Ich finde diese Notübernahme schlimm. Dass jetzt eine Mega-Bank entsteht, ist ungesund fürs Land. Als Verwaltungsrätin einer regionalen Clientis-Bank habe ich Einblick ich in den Hypothekarmarkt und kann sagen: Der Schweizer Teil der CS war kompetitiv. Dass jetzt die UBS das Schweiz-Geschäft der CS schlucken soll, verheisst nichts Gutes für den Wettbewerb. Aber dass der Bundesrat reagierte, finde ich richtig. Er hat uns vor einer mutmasslichen Finanzkrise gerettet, die durch einen ungeordneten Bankrott der CS entstanden wäre.

Sie kennen Banken, studierten berufsbegleitend Betriebsökonomie an der FH. Parallel dazu waren Sie Firmenberaterin. Was machten Sie?
Ich half Spitälern, Kantonen, dem Bund und sogar der Armee bei der Einführung von SAP. Das war eine super Zeit.

Damals entdeckten Sie auch den Gesundheitssektor für sich?
Ja, aber nicht nur. Nach meiner Arbeit bei der UBS ging ich zum Psychiatrischen Dienst des Aargau, um Entwicklungsprojekte zu leiten. Später führte ich einen Verein, der Diabeteskranken hilft. Und schliesslich habe ich einen direkten Draht zum Gesundheitswesen: über meinen Mann, der als Gastroenterologe praktiziert. Ihm half ich acht Jahre lang beim Aufbau seiner Praxis und in der Buchhaltung.

Sie haben drei Kinder, 12, 14 und 15 Jahre alt, und sind seit Januar Vizepräsidentin. Bewältigen Sie das ohne Nanni?
Mit Nanni. Wir haben seit neun Jahren die gleiche Tagesmutter, eine 63-jährige Schweizerin. Während der dreiwöchigen Parlamentssessionen, die mich absorbieren, ist sie häufiger bei uns und mein Mann arbeitet weniger als sonst.

Sie könnten damit rechnen, 2025 zur Nationalratspräsidentin gewählt zu werden. Was bedeutet das Ihnen?
Das Amt hatte mich schon immer gereizt. Aber man muss auch zeitlich das Glück haben, denn es kommt nur alle rund zehn Jahre vor, dass ein Deutschschweizer FDP-Vertreter zum Zuge kommt. Man führt das Parlament. Man strukturiert die Sessionen. Man repräsentiert die Schweiz im Ausland. Und schliesslich verhält man sich als Präsidentin ein Jahr lang politisch neutral.

Wo stehen Sie, wenn es um Themen wie LGBTQia+, Woke-Kultur und Gendern geht?
LGBTQia respektiere ich. Jedes Individuum gilt es zu respektieren. Woke, das heisst engagiert zu sein, ist okay, solange damit nicht übertrieben wird. Von der Gendersprache halte ich wenig. Ich finde sie umständlich. Aber was ich mir vorstellen kann, ist, dass man die Gesetze so umschreibt, dass man nicht mehr nach Geschlechtern unterscheidet. Warum soll im Recht noch nach Männern und Frauen unterschieden werden?

In Ihrer Gegend gibt es erfolgreiche Unternehmer, darunter Hansjörg Bertschi und Hans-Peter Zehnder, die sich öffentlich gegen eine stärkere EU-Anbindung der Schweiz engagieren. Wie sehen Sie das?
Ich sehe das anders. Wir sollten die bilateralen Gespräche so bald wie möglich wieder aufnehmen und wieder sektorielle Verhandlungen mit der EU führen. So abseits zu stehen, schadet unserem Land.

FDP-Parteipräsident Thierry Burkart sei auch kein Freund eines Näherrückens an die EU.
Ich bin kein EU-Turbo, aber es gibt etliche dringende Dossiers, die wir mit der EU gemeinsam vorwärtsbringen müssen. Warten Sie ein paar Monate, da wird sich noch einiges bewegen.